

Der Courier

Ein Organ deutschsprachiger Canadianer. Erscheint jeden Mittwoch.

Verantwortlich: W. B. ... Druck: ...

Französische Debatte über die Schuldfrage

Die Pariser Zeitung 'L'Ouvrier' begann mit der Veröffentlichung von Auszügen aus dem Tagebuch des verstorbenen früheren Vizepräsidenten für Frankreich, Georges Louis, der im Jahre 1913, nachdem Boingee zum Präsidenten der Republik ernannt wurde, von seinen Posten abtrat und durch Maurice Paleologue ersetzt worden war.

Der frühere Premier Poincaré hat dem Herausgeber der 'L'Ouvrier' Briefe von Jules Cambon, Stephen Pichon und Emile Daclauer zugesandt, in welchen diese bezeichnen, die nach Angabe des von 'L'Ouvrier' veröffentlichten Tagebuches von Georges Louis gemachten Äußerungen, die getan zu haben. Poincaré sieht die Echtheit des Tagebuches in Zweifel und erklärt, er werde die Echtheit einmal die amtlichen Verfügungen über die dem Ausbruch des Krieges vorausgehende Verhandlungen ergänzen und private Briefe bekanntgeben, die damals von Cambon, Georges Louis, von Oberstord, den früheren amerikanischen Vizekonsul für Deutschland, und von vielen anderen prominenten Persönlichkeiten an ihn getichtet worden waren.

In dem von Poincaré dem 'L'Ouvrier' eingesandten Briefe von Jules Cambon erklärt dieser, er könne sich nicht daran erinnern, Georges Louis während des Krieges gesprochen zu haben. Sollte dies der Fall gewesen sein, dann habe jedenfalls Louis der Unterredung einen anderen Charakter gegeben als sie hatte, der für sich zum französischen Vizekonsul für die Vereinigten Staaten ernannt wurde und im Jahre 1912 Kabinettschef des Außenministeriums war, schreibt in dem von Poincaré veröffentlichten Briefe, daß die von Georges Louis in dem Tagebuch aufgestellte Behauptung, Poincaré habe die Geheimnisse der Unterredung seiner Politik für die Presse veröffentlicht, den Tatsachen nicht entspreche. Daclauer erklärt, daß sein Schwager Poincaré kein Mitglied der Presse publiziert habe. Stephen Pichon, der im Jahre 1913 französischer Premier war, schreibt: 'Die mir von Georges Louis in den Mund gelegten Bemerkungen sind in unmaßstäblicher Weise so faun nicht wenig ist, sie zu bestritten. Ich weiß, daß die als Premier, Außenminister und Präsident der Republik stets für die Aufrechterhaltung des Friedens gearbeitet haben.'

Nach Maurice Paleologue, der beim Ausbruch des Krieges französischer Vizekonsul in London war, meldet sich zu einer Widerlegung der Angaben von Georges Louis und bespricht in einem der 'L'Ouvrier' veröffentlichten Briefe die von dem 'L'Ouvrier' veröffentlichten Korrespondenzen als ein sich selbst widersprechendes Geschwätz. Paleologue erklärt, daß er am 2. August 1914

von der russischen Regierung verlangt, sie sollte alle die Sicherung des Friedens begünstigenden Vorschläge Frankreichs oder Englands annehmen. Außenminister Solonow soll darauf erwidert haben, die russische Regierung könne unmöglich Vorschläge im Voraus annehmen, ohne über deren Natur und Bedingungen unterrichtet zu sein. Paleologue behauptet, er habe dann auf einer sofortigen Audienz mit dem Zaren bestanden und diesem versichert, Frankreich würde nie zugeben, in einen Krieg verwickelt zu werden, solange die geringste Hoffnung vorhanden sei, einen Krieg zu vermeiden.

Neue österreichische Regierung

Der ehemalige Minister des Innern Dr. Rudolf Ramek, der zuletzt als Rechtsanwalt in Salzburg tätig war, wurde vom Nationalrat berufen, den Posten des Bundeskanzlers zu übernehmen, nachdem Dr. Seipel, der am 8. November mit seinem Kabinett resignierte, die Bildung einer neuen Regierung abgelehnt hatte.

Dr. Seipels Beschluß, das Bundeskanzleramt aufzugeben, ist angeblich durch die Weigerung der Sozialdemokraten, mit ihm in seinen geplanten Reformmaßnahmen zusammenzuarbeiten, veranlaßt worden. Es wird aber auch erklärt, daß zu seinem Entschluß, sich zurückzuziehen, teilweise eine Schwächung seiner Gesundheit beigetragen habe, die eine Folge seiner Verbundenheit mit der Arbeit eines sozialistischen Arbeiters am 1. Juni d. J. erhalten hatte.

Dr. Seipel, der mit seinem Kabinett wegen des inwischen beabsichtigten Generalstreiks der österreichischen Eisenbahner resignierte, war vorige Woche nachgeheft worden, wieder eine Regierung zu bilden. Er erklärte, daß er eine Wiederwahl zum Bundeskanzler durch den Nationalrat ohne eine bestimmte Garantie gegen eine weitere Unterbrechung des finanziellen Wiederaufbaus Österreichs nicht annehmen würde, und sagte: 'Wenn ich eine solche Garantie nicht erhalten kann, dann tritt es der Opposition frei, die Regierung zu übernehmen.'

Ran glaubt, daß mit Ausnahme des Finanzministers Dr. Kienböck, die bisherigen Minister ihre Posten behalten werden. Als Nachfolger Kienböcks wird Dr. Jakob Ahrer, Bischof von Wien, genannt.

Dr. Ramek, der neue Kanzler, steht im 43. und Dr. Ahrer im 36. Lebensjahr. Beide Männer sind, wie die Neue Freie Presse schreibt, im Ausland unbekannt und selbst das Volk weiß wenig von ihnen.

Die politische Situation, die das neue Kabinett vorfindet, ist, wie allgemein zugegeben wird, eine sehr komplizierte. Die Länder sind finanziell in einer sehr ärmlichen Lage und sie bestehen darauf, daß ihre Forderungen selbst auf Kosten des Gleichgewichts im Budget der Bundesregierung befriedigt werden. Wenn die neue Regierung in dieser Beziehung nachgeben sollte, würde sie einen Konflikt mit dem vom Völkerbund eingesetzten Generalkommissar für die österreichische Finanzwirtschaft, Dr. Alfred Zimmermann, heraufbeschwören.

Dr. Seipel war seit dem Frühjahr 1922 im Amt. Das größte Werk seiner Regierung war die Erlangung der Sanierungsanleihe. Als die Alliierten ärgerten, Österreich eine zum Wiederaufbau der Wirtschaft nötige große Summe vorzuzusetzen, erlangte Dr. Seipel die Gewährung eines weiteren Aufschubs der Sanierung, indem von Italien die Zustimmung zu einer Zoll- und Zolltarifunion. Mit dieser Zulage ausgerüstet, behandelte er die anderen Alliierten und teilte ihnen den Inhalt des geplanten Abkommens mit. Es dauerte dann nicht lange, bevor Dr. Seipel die verlangte Anleihe bewilligt erhielt.

mehr auf deutsches Gebiet zulassen, die diejenigen Grenzen an Größe und Motorenstärke übersteigen, die dem deutschen Flugzeug im Verfallenen Vertrag festgelegt worden sind. Es wird darauf hingewiesen, Deutschland könne dem ihm nach seiner Lage im Herzen Europas zukommenden Platz im internationalen Flugverkehr nur einnehmen, wenn ihm uneingeschränkte Entwicklung seines Flugwesens gestattet würde.

Ernst von Döberstadt, der früher Führer der Konservativen und 'Ungekrönte König von Preußen', ist im Alter von 74 Jahren gestorben.

Österreich

Nach einer Meldung der 'Reichspost' will der Betriebsleiter der österreichischen Bahnen, Günther, mit einer Gruppe österreichischer Bankiers Verhandlungen für die Aufnahme einer Anleihe von 1.500.000.000 Kronen (70.000.000.000 Mark) aufnehmen. Das Geld soll zur Verbesserung des Bahnsystems verwendet werden.

Edmore

Die in Genf tagende internationale Konferenz zur Unterdrückung des Opiumhandels im fernsten Osten ist abgebrochen worden, nachdem die japanischen Delegierten mitgeteilt hatten, daß sie das vorgeschlagene Abkommen nicht unterzeichnen können. Seit dem Zerwürfnis zwischen Italien und Griechenland über die Korinthische Meerenge ist der Verlauf des Völkerbundes nicht der Schauplatz so erregter Szenen gewesen als jetzt, die in der Sitzung der Opiumkonferenz stattfanden.

England

In London in Yorkshire ist, wie erst jetzt bekannt gegeben wird, seit einem halben Jahre ein Auen-Luftschiff für die britische Regierung im Bau, das mit 5.000.000 Pfund Sterling (25.000.000 Mark) doppelt so groß wird, wie das Luftschiff 'R.38', das von den deutschen Zepellinwerkern gebaut und kürzlich nach erfolgreichem Fahrt über den Ozean an die Brit. Staaten abgeliefert wurde.

Frankreich

Der ehemalige französische Premier Joseph Caillaux, der im Oktober 1918 schuldig erkannt worden war, die Durchführung des Krieges verhindert zu haben, und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, wurde am 26. November in der Kammer angeklagt. Die Verhandlung über das Gesetz ist, so heißt es, noch nicht beendet, da man erwartet, daß sich die Debatte über die Debatte noch länger hinziehen werde.

Premier Herriot beendet die Debatte mit einer längeren Rede, in der er die Annahme der Amnestievorlage warm befürwortete und sagte, man möge die Vergangenheit ruhen lassen. Frankreich ist stark genug, um politische Meinungsverschiedenheiten dulden zu können und die Streitigkeiten, die während des Krieges eine harte Quelle der Gefahr waren, für immer zu versiegen. Der Premier erklärte, daß vom juristischen Standpunkt Caillaux niemals des Landesverrats oder selbst der Verstoßung mit dem Heinde überführt wurde, sondern unter einer veralteten Anklage verurteilt wurde, die zur Zeit der kontinentalen Invasion Napoleons dem Strafrecht einverleibt worden war, um zu verhindern, daß französische Bürger sich mit dem Feinde in Verbindung setzen.

Am 26. November erhielt Caillaux, zuerst das Amt eines Vizepräsidenten, wurde er in einer Willen nach Brasilien geschickt. Dort gelangt, gab er eine den Krieg verurteilende öffentliche Erklärung ab, in der er sagte:

Unser Krieg gegen Deutschland ist ein Wahnsinn. In Paris würde man mich steinigen, wenn ich das öffentlich sagte, aber trotzdem ist es so. Dasselbe trägt die ganze Schuld an dem Krieg, denn niemals kann er es dem deutschen Kaiser verzeihen, daß er ihn nach der ersten Marokkofrise im Jahre 1904 gegen mich, das Ministerium zu verlassen. Wir Franzosen haben nur für England die Kammern aus dem Feuer. Nur England können wir wenig dankbar sein.

Als Caillaux nach Frankreich zurückkehrte, begann gegen ihn ein Landesverratsprozess, der sich lange hinzog. Da man ihn nicht des Landesverrats überführen konnte, wurde er wegen 'delinquentischer Arbeit' zur Landesverweisung verurteilt.

Clemenceau sagte damals: 'Präsident Poincaré hatte gewisse Caillaux und mir zu wählen. Er mußte, als im Jahre 1916 die Krise kam, entweder Caillaux oder mich zur Wahl stellen. Er entschied sich für mich. Sollte Caillaux gewählt, dann würde dieser mich verhaften lassen und hätte mit Deutschland einen Sonderfrieden geschlossen. Ich beschloß, Caillaux zu verhaften und den Krieg fortzusetzen.'

Der Aera Clemenceaus folgte die Aera Poincarés, der Politik von Versailles die Politik der Aufrückung. Caillaux blieb verurteilt und verbannt, bis die Krise von 1920 ausbrach. Er wurde wieder in die Politik zurückgeführt, bis die Krise von 1920 ausbrach. Er wurde wieder in die Politik zurückgeführt, bis die Krise von 1920 ausbrach.

Seitdem Frankreich die russische Sowjetregierung anerkannt hat, bringt Moskau mit besonderer Beharrlichkeit auf Zurückgabe der russischen Flotte, die nach der Niederlage der Armees des Antihörschewski-Führers General Wrangel in der Krim in dem Hafen von Bizerta, Tunis, Zuflucht genommen hatte. Diese Flotte besteht aus zwei 10 Jahre alten Schlachtschiffen, 1 veralteten Kreuzer, 7 Zerstörern, 3 Torpedobooten, 1 Dampferkreuzer und 4 modernen Tauchbooten. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge hat die Moskauer-Regierung bereits eine Kommission ernannt, um die Kriegsschiffe zu befragen, und damit wird Frankreich zu einer baldigen Entscheidung in der Angelegenheit gedrängt. Für die französische Regierung ist die Sache rechtlich im Hinblick auf den Eindruck, den die Zurückgabe der Flotte auf Rumänien und andere an Russland grenzende Länder hervorrufen mag. Eine solche Flottenmacht in Händen des Sowjet konnte die Nachbarländer in Alarm versetzen.

Die Sowjet-Expedition, welche auf der Insel Wrangel die russische Flotte geistert, kehrte auf dem armerikanischen Transpazifikdampfer 'Aster Oktober' zurück. An Bord war Charles Wells, das amerikanische Mitglied der Stefanson-Gesellschaft, die mit

13 Eskimos von der Insel weggebracht wurde. Wells erhielt im Märzgebäude der Regierung unter Obhut des Sowjet-Konsularats für auswärtige Angelegenheiten Quartier. Nach Sowjetbeamten gab Wells in Gegenwart eines britischen Konsuls eine schriftliche Erklärung ab. Er sagt darin, er habe die Insel Wrangel aus freien Stücken verlassen und sei mit der Behandlung während der Fahrt des 'Aster Oktober' nach Vladivostok völlig zufrieden. Als Wells von der Insel weggebracht wurde, hatte er amerikanische und britische Fahnen, keine canadischen, wie es zuerst hieß, in seinem Besitz.

Unter dem Titel 'Es ist höchste Zeit, ein Ende zu machen' schreibt die 'Jowettia', daß sich die Vertragsverhandlungen mit Japan deshalb so lange hinzögen, weil Japan ungebührlich hohe Forderungen stelle. Die Zeitung schreibt, Japan bestiehe darauf, 60 Prozent der Selbstwehr im nördlichen Teil von Sachalin zu erhalten und verlange überdies, daß Russland verpachtet solle, für die übrigen 40 Prozent, falls deren Verpachtung beschlossen werden sollte, die Stationen nur Japanern zu geben. Russland will Japan nur 40 Prozent der Selbstwehr überlassen. Die Zeitung warnt Japan, daß es leicht eine internationale Situation entstehen könnte, unter der Japan möglicherweise die ihm von Russland angebotenen Bedingungen ganz einbüßen würde.

Bulgarien

Die bulgarische Regierung hat die Mobilisierung der Bevölkerung in den an Jugoslawien grenzenden Gebieten angeordnet, um einen Verbruch von bulgarischer Bevölkerung in Serbien lebender Flüchtlinge die Grenze zu überschreiten zu verhindern. Alle männlichen Einwohner über 18 Jahre erhielten den Befehl, sich zum Militärdienst zu melden.

Vor einigen Tagen war gemeldet worden, daß der frühere Minister der Estnischen Regierung, Oboin, in Belgrad eine geheime Gegenregierung errichtet habe, die die Ausrückung der Republik in Bulgarien anstrebe. Oboin habe sich nach den Wahlen der früheren bulgarischen Regierung, Kosta Todorow und Oberst Tulechoff, die beide politische Flüchtlinge sind, zugesellt. Tulechoff verlor vor mehreren Wochen dem früheren Minister Redello Atanasoff und Corito Stojanow zur Flucht aus einem bulgarischen Gefängnis nach Jugoslawien. Diese Männer sollen die Organisatoren der Völkerverbände sein, die seit Wochen die belgische bulgarische Grenze entlang blutige Zusammenstöße herbeiführt haben.

Dänemark

Die Deutschen haben in Aalborg eine Fabrik für die Herstellung von Flugzeugen des Motorbundes eingeweiht. Die japanische Regierung hat bereits Kontrakte für Lieferung einer großen Anzahl von Motor-Flugzeugen abgeschlossen und einige von diesen wurden bereits per Schiff nach Japan geschickt. Den gegenwärtigen Plänen zufolge werden alle Flugzeuge, die während des Winters hier hergestellt werden, im Frühjahr direkt über Sibirien nach Japan fliegen.

Belgien

Die belgische Regierung soll beschließen haben, Deutschland in einem abzuwickelnden Handelsvertrag die Rechte einer meistbegünstigten Nation zu gewähren. Wenn dieses Rechtlich bewährt, glaubt man, daß diese Entscheidung in Frankreich Unruhe erregen werde, umso mehr als Belgien zur Einführung höherer Zölle gezwungen ist, ohne Frankreich vorher hierüber zu verständigen.

Der belgische Außenminister Domains faßt in der Rede, mit der er das Parlament eröffnete, ein englisch-französisches belgisches Bündnis wäre die sicherste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Belgien arbeite für den besten Zustand der Dinge, um das belgische Bündnis zu bringen. Domains meinte, daß in der letzten Völkerversammlung der Liga ausgearbeitete Protokoll sei ein Schritt in der Richtung auf vollständige Abrüstung und Frieden.

Mexico

Die Mexikaner Mejia Garcia und Francisco Ruiz wurden für die Ermordung der britischen Großgrundbesitzerin Frau Kollie Evans schuldig erkannt und zum Tode verurteilt. Frau Evans, die durch ihre Weigerung, die Wirksamkeit des mexikanischen Völkervertrages auf ihr Vermögen anzuwenden, zu dem diplomatischen Zwischenfall zwischen England und Mexiko Anlaß gab, der mit der Ausweisung des britischen Gesandsträgers endete, wurde im August d. J. ermordet.

Spanien

Die spanischen Streitkräfte haben die marokkanische Stadt Schekhuan, auch Xauen genannt, geräumt und in Schand Tar Moko, 6 Meilen nördlich von Schekhuan, zurückgezogen. Nach der amtlichen Mitteilung des Admirals Marquis De Nazas, des antierenden Präsidenten des militärischen Direktorats, ist damit der erste Teil des von General Primo de Rivera entworfenen Plans zur Räumung des marokkanischen Gebiets erledigt.

Der Staaten

Die Bevandung der Grenze zwischen Canada und den Brit. Staaten gegen unerlaubte Einwanderung wird von amerikanischer Seite verläßt, das Personal für diesen Dienst auf seine volle Stärke von 450 Mann gebracht. Zur Erklärung wird mitgeteilt, daß die Grenze, die in der Brit. Staaten einmündig wieder geschlossen werden, seit in Canada die Grenzarbeit abgeschlossen ist.

Der republikanische Senator Dale von Maine hatte mit dem Bundespräsidenten Coolidge eine Konferenz, bei welcher der Senator, der Vorsitzende des Senatskomitees für Marineangelegenheiten ist, den Bau von acht neuen leichten Kreuzern für die Bundesmarine forderte. Die acht neuen Kreuzer werden \$11.000.000 kosten. Der jetzigen Bundes-Regierung mangelt es sehr an leichten Kreuzern, die als Aufklärungsschiffe im Kriegsdienst dienen sollen. Wie berichtet wird, hat sich Präsident Coolidge mit diesem Marine-Bauprogramm einverstanden erklärt, aber es wird hinzugefügt, daß die nächste Session des 68. Bundeskongresses, die anfangs Dezember beginnt, zu kurz sei, um Bewilligungen für den Ausbau der Bundes-Regierungsmarine machen zu können. Erst bei der ersten Session des neuen nächsten 69. Bundeskongresses können Bewilligungen für den Ausbau von Bundes-Regierungsschiffen gemacht werden.

Nach einer Berechnung hat John D. Rockefeller der jüngere durch das riesige Zeigen seiner Verhältnisse in Standard Oil seinen Reichtum um 111 Millionen Dollars vermehrt. Während der Delinquentenliste ermittelte das Senatkomitee den Aktienbesitz von Rockefeller in verschiedenen Unternehmen von Standard Oil. Durch diese Angaben war es möglich, seinen Gewinn für das Jahr zu berechnen. Sein Aktienbesitz in neun Zweigen hat sich an Marktwert um mehr als 98 Millionen Dollars vermehrt. Seine Dividenden aus diesen Aktien machten in diesem Jahre mindestens \$13.200.000 aus. Dies bringt die gesamte Erhöhung seines Vermögens auf 111 Millionen.

Canada und die Getreideversorgung der Welt

L. R. Doherty, Kommissar des Internationalen Ackerbauinstitutes in Rom, sagt einen Vortrag über den Weltmarkt für Getreide. Er behauptet, daß die Weltweizenenergie heute um 401 Millionen Bushel und die Weltroggenenergie um 173 Millionen Bushel geringer waren als die auf Grund eines Durchschnitts der letzten Jahre errechneten Bedürfnisse an Brotgetreide ausmachen.

Doherty erklärte, daß sich keine Schöpfung auf die amtlichen Berichte, die aus allen bedeutenden Ländern der Welt, mit Ausnahme von Russland, im Internationalen Ackerbauinstitut in Rom einfließen, stützen. Der europäische Bedarf an Brotgetreide wird für das laufende Jahr auf 600 bis 650 Millionen Bushel geschätzt. Um diesen Bedarf zu decken, wird Europa außer dem Verbrauch des eigenen auf dem Kontinent geernteten Brotgetreides 340 Millionen Bushel einführen müssen, und zwar 172.500.000 Bushel Weizen und 167.500.000 Bushel Roggen.

In den Ausfuhrländern werden nach der Schätzung Dohertys folgende überschüssige Vorräte von Brotgetreide zum Export zur Verfügung stehen, wo bei für den Verbrauch in den einzelnen Ausfuhrländern nur die geringste Durchschnittsziffer angenommen und auch der Ueberrest der alten Ernte berücksichtigt wurde:

- Canada: 185 Millionen Bushel; Ueberrest von voriger Ernte 12 Millionen Bushel.
Bereinigte Staaten: 275 Millionen Bushel; Ueberrest von voriger Ernte 32 Mill. Bushel.
Indien: 40 Millionen Bushel; Ueberrest 10 Millionen Bushel.
Argentinien: 140 Millionen Bushel; Ueberrest 16 Millionen Bushel.
Australien: 85 Millionen Bushel; Ueberrest 13 Millionen Bushel.
Polen und andere Länder: insgesamt 15 Millionen Bushel.

Doherty meint, nach dieser Aufstellung lasse sich annehmen, daß die genannten Länder jene, in denen ein Mangel an Brotgetreide sein wird, mit 823 Millionen Bushel wird versorgen können. Das internationale Institut hat die wahrheitsgemäße Aufschätzung im Oktober mit 826 Millionen Bushel angegeben.

Doherty erklärt, daß nie zuvor, außer in einigen Kriegsjahren, die Ueberreste der vorjährigen Ernten in den Ausfuhrländern so gering waren wie diesmal. Vor dem Krieg haben die Balkanländer durchschnittlich 56 Millionen Bushel und Russland 164 Millionen Bushel jährlich an Brotgetreide ausgeführt oder ungefähr die Hälfte der Ausfuhrmenge aus Nordamerika.

In diesem Jahre ist die australische Brotgetreideernte bereits ausverkauft und Argentinien hat nur noch einen Ueberrest von 10 bis 12 Millionen Bushel zur Verfügung. Die Balkanländer kommen nur mit geringen Mengen in Betracht und Russland ist vom Markt ganz ausgeschlossen. In diesem Jahre werden daher die Vereinigten Staaten und Canada für die Ausfuhr am meisten in Anspruch genommen werden.

Weltumschau

Deutschland

Der deutsche Bahnpakt, der bisher einen sehr ruhigen Verlauf nahm, wird lebhafter. Bitteren Angriffen ist besonders Auslandsminister Stresemann ausgesetzt, der von den Gegnern mit Verharmlosung überhäuft wird. Man stellt ihn auf einen Scheinpodest dar, das bald nach rechts und bald nach links geht.

Admiral von Tirpitz tritt als Führer der Nationalisten in den Vordergrund. Ihm kommt zu gute, daß er für den Damesplan gestimmt hat, dessen günstiger Einfluß auf die Außenpolitik allgemein anerkannt wird. In Bayern gilt er als Gegenpol gegen General Ludendorff, um den Völkischen das Wasser abzurufen. Kämpfe um die weite bei seinen Reden auf die Erfolge seiner Regierung hin, die dem Zusammenwirken der Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten beruhen. Diese drei Parteien müßten auch die Grundlage der künftigen Regierung bilden. Präsident Ebert wird sowohl von den Kommunisten als von der Deutschen Nationalen Volkspartei scharf angegriffen.

In seiner ersten Berliner Rede seit dem Krieg forderte General Ludendorff das deutsche Volk zur Wiederherstellung der Monarchie auf. 'Ich rufe Euch zum Kampf gegen Schwarz-Rot-Gelb, die Farben der deutschen Republik', erklärte Ludendorff. 'Ich rufe Euch namentlich zum Kampf gegen den Parlamentarismus. Ich rufe Euch zum Kampf gegen die Präsidentenwahl des Herrn Ebert. Ich fordere Euch zum Kampf für Freiheit, Recht und Ehre, zum Anschluß an den Aeltesten Bund auf. Dies wird uns retten — nichts anderes vermag es.'

Die 'Republikanische Partei', die bei den letzten Reichstagswahlen im Mai kein Mandat erhalten hat, sucht diesmal ihre Freunde den drei republikanischen Gruppen, den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum zuzuführen. Sie hat einen Aufruf erlassen, der folgendes befragt: 'Alles in den letzten Monaten gerade außerpolitisch Erreichte ist in Frage gestellt, wenn in diesem Wahlkampf mit allen Mitteln gezielte Anstrengungen der militärischen und industriellen Reichsparteien gegen die Republik nicht zum Scheitern gebracht wird. Die Verhinderung dieser Reaktion muß für jeden wahrhaften Republikaner, der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein. Angesichts der Bedrohlichkeit dieser Entscheidung ist die Republikanische Partei Deutschlands entschlossen, alles zu tun, was ein gemeinsames Vorgehen und damit den Sieg der linksparlamentarischen Parteien gegen die Republik nicht zum Scheitern gebracht wird. Die Verhinderung dieser Reaktion muß für jeden wahrhaften Republikaner, der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein. Angesichts der Bedrohlichkeit dieser Entscheidung ist die Republikanische Partei Deutschlands entschlossen, alles zu tun, was ein gemeinsames Vorgehen und damit den Sieg der linksparlamentarischen Parteien gegen die Republik nicht zum Scheitern gebracht wird. Die Verhinderung dieser Reaktion muß für jeden wahrhaften Republikaner, der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein.'

Die 'Republikanische Partei', die bei den letzten Reichstagswahlen im Mai kein Mandat erhalten hat, sucht diesmal ihre Freunde den drei republikanischen Gruppen, den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum zuzuführen. Sie hat einen Aufruf erlassen, der folgendes befragt: 'Alles in den letzten Monaten gerade außerpolitisch Erreichte ist in Frage gestellt, wenn in diesem Wahlkampf mit allen Mitteln gezielte Anstrengungen der militärischen und industriellen Reichsparteien gegen die Republik nicht zum Scheitern gebracht wird. Die Verhinderung dieser Reaktion muß für jeden wahrhaften Republikaner, der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein. Angesichts der Bedrohlichkeit dieser Entscheidung ist die Republikanische Partei Deutschlands entschlossen, alles zu tun, was ein gemeinsames Vorgehen und damit den Sieg der linksparlamentarischen Parteien gegen die Republik nicht zum Scheitern gebracht wird. Die Verhinderung dieser Reaktion muß für jeden wahrhaften Republikaner, der einzige Sinn dieses Wahlkampfes sein.'

Deutschland

mit höchster Aktivität einzutreten, deren Persönlichkeit eine Erfüllung der wichtigsten Forderungen der R. P. D. gewährleistet: Behleunigter Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und damit Verständigung mit Frankreich; Durchführung des Dawes-Entschlusses unter gerechter Verteilung der Lasten bei Erhaltung des Wirtschaftstages; Kampf gegen die Schutzgölle; entschiedener republikanischer Aufbau im Innern und Kampf gegen alle Bürgerrechtstäter; Wiederherstellung des Vertrauens in die Reichsregierung; Rechtsstreik heißt Krieg, Vinstreik heißt Gerechtigkeit im Innern, Streik nach außen heißt Kampf um den Aufbau der deutschen Republik als eines gleichberechtigten Staates im Rahmen der europäischen Gemeinschaft.

Die Juridische der Eisenbahnen des Rheinlandes an die neue deutsche Bahngesellschaft unter dem Damesplan ist von der französisch-belgischen Bahngesellschaft münchener vollständig durchgeführt. Die Uebertragung erfolgte zwei Wochen früher, als die in der Londoner Abmachung festgesetzte Frist. Die deutschen Bahnen waren von den Alliierten als Sicherheit für Reparationszahlungen übernommen worden.

Der Generalagent für Reparationen Seymour Gilbert hat einen Schritt unternommen, der nicht nur in den Hauptstädten der Entente-Länder, sondern auch in Berlin Aufsehen erregt hat. Es handelt sich um Handelsverträge, die Deutschland bereits mit andern Mächten abgeschlossen hat oder die sich noch in der Schwebe befinden und über die Autorität des Generalagenten selbst. Obgleich ein diesbezügliches Schreiben an das deutsche Finanzministerium gerichtet ist, in welchem einfach angefordert wird, daß beginnend mit Dezember der Generalagent die Kontrolle über jene Gelder übernehmen wird, die durch die Bestimmungen der Reparations-Recovery Akte den Entente-Ländern zugehen, so ist das unheimliche Schreiben indessen nichts anderes, als ein Angriff auf die Forderung Englands, Frankreichs und Belgiens, die deutsche Einfuhr nach jenen Ländern mit einer Reparationsabgabe von 26 Prozent zu belasten. Politische Beobachter sind der Ansicht, daß Generalagent Gilbert danach trachtet, diese Steuer aufzuheben und hierzu in seiner Eigenschaft als Reparationsagent befähigt ist.

Reuterliche Berichte aus London lassen erkennen, daß man hinsichtlich des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Deutschland, zu einem Ueberkommen gelangt sei. Von Paris aber verlautet, daß man wegen der 20prozentigen Steuer auf deutsche Waren zu keinen Ueberkommen gelangen konnte.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Entente ist gegenwärtig ein lebhafter diplomatischer Kampf um den Flugzeug-Verkehr im Gange, bei dem Großbritannien auf Deutschlands Seite stehen und, bis jetzt allerdings vergeblich verhandelt wird, auf Frankreich einen Druck auszuüben. Es wird mitgeteilt, falls die Unterhandlungen sich zerlagern sollten, würde die deutsche Reichsregierung vom 25. November ab keine ausländischen Flugzeuge

mit höchster Aktivität einzutreten, deren Persönlichkeit eine Erfüllung der wichtigsten Forderungen der R. P. D. gewährleistet: Behleunigter Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und damit Verständigung mit Frankreich; Durchführung des Dawes-Entschlusses unter gerechter Verteilung der Lasten bei Erhaltung des Wirtschaftstages; Kampf gegen die Schutzgölle; entschiedener republikanischer Aufbau im Innern und Kampf gegen alle Bürgerrechtstäter; Wiederherstellung des Vertrauens in die Reichsregierung; Rechtsstreik heißt Krieg, Vinstreik heißt Gerechtigkeit im Innern, Streik nach außen heißt Kampf um den Aufbau der deutschen Republik als eines gleichberechtigten Staates im Rahmen der europäischen Gemeinschaft.